

Rettungspakete – Bumerang oder Segen?



Von Gerold Bühler
Alt Nationalrat und
Präsident Economiesuisse

Noch nie waren Politik und Wirtschaft so gefordert wie heute. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sind wir mit einem global synchronen und vor allem rapiden konjunkturellen Abschwung konfrontiert. Die rekordhohen Wertverluste in beinahe sämtlichen Anlagekategorien, der massive Rekapitalisierungsbedarf sowie die enge Vernetzung im Finanzbereich erschweren die Krise zusätzlich. Es kommt nicht von ungefähr, dass in einer derart schwierigen Lage auch etablierte wirtschaftspolitische Rezepte hinterfragt werden. Überraschend ist allerdings, mit welcher Wucht staatliche Rettungsprogramme inzwischen Platz gegriffen haben.

Der Paradigmenwechsel hin zu mehr Staatsinterventionismus könnte eindrücklicher nicht sein. Selbst am jüngsten World Economic Forum in Davos, einem Ort marktwirtschaftlicher, liberaler Überzeugung, wird der rettende Arm des Staates als unabdingbar willkommen geheissen. Die Folgen einer äusserst lockeren Geld- und Fiskalpolitik stossen gegenwärtig kaum auf Interesse. Die Frage nach dem

Morgen scheint Folgeeffekte gewaltiger Schuldenberge von übermorgen zu verdrängen. Und auch die Frage, ob mit all den Milliarden die erwarteten stimulierenden Wirkungen erzielt werden können, wird nur allzu rasch verdrängt.

Selbstverständlich stehen die Staaten allein schon aufgrund der jeweiligen Verfassung in der Pflicht, konjunkturpolitisch eine Rolle zu spielen. Doch, nachdem über Jahre hinweg von gewissen Kreisen jegliche Verantwortung des Staates in Abrede gestellt wurde, feiert nun der Glaube an die Allmacht des Staates eine nicht ungefährliche Renaissance. Ein Rückblick zeigt aber, dass der Umfang der Konjunkturpakete kaum als Massstab einer auch längerfristig erfolgreichen Standortpolitik genommen werden kann. Negative Auswirkungen haben dagegen oft die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes belastet. Drei Elemente gilt es daher besonders zu beachten:

Strukturelle Anpassungen

nicht künstlich zurückdrängen

Erstens sollten nicht mittels Konjunkturprogrammen strukturelle Anpassungen in einer Volkswirtschaft künstlich zurückgedrängt werden. Die Folgekosten solcher verfehlter, kurzfristig populärer Aktionen waren in der Vergangenheit jeweils beträchtlich. Die Massnahmen des Staates sollten sich daher primär an der Abfederung solcher Strukturanpassungen orientieren.

Keine Doppelrolle für den Staat als Eigentümer und Aufsichtsbehörde

Zweitens dürfen Konjunkturpakete auch nicht dazu führen, dass der Staat vermehrt zum Eigentümer von Unternehmen wird und sich somit einer problematischen Doppelrolle als Marktplayer und Aufsichtsbehörde aussetzt. Die Gefahr ist nämlich erheblich, dass, wenn einmal Steuergelder für dauer-

hafte Beteiligungen geflossen sind, auch abschottende Tendenzen Anklang finden. Die ohnehin schon schwierige Lage, in der sich die multilaterale Handelsliberalisierung befindet, würde dadurch noch zusätzlich belastet.

Gefahr unbefristeter Folgekosten

Schliesslich gilt es, drittens, den Blick für das finanziell Verkräftbare nicht aus den Augen zu verlieren. Finanzpolitisch müssen die Begrenztheit und die Zielorientierung der Massnahmen im Vordergrund stehen. Konjunkturprogramme dürfen nicht zu unbefristeten Folgekosten führen. Zunächst einmal wird durch eine derart expansive Politik der Handlungsspielraum für zukünftige Finanzierungen massiv eingeschränkt. Dazu kommt, dass eine überschüssende Verschuldung das Vertrauen von Konsumenten und Unternehmen beeinträchtigt. Von daher laufen derart überzogene Programme Gefahr, dass die erwartete Stimulationswirkung nicht erreicht werden kann.

Zyklen und Strukturveränderungen

Zu einer Marktwirtschaft gehören Zyklen, ja selbst einschneidende Strukturveränderungen. Vor allem die sozialpolitische Abfederung des Anpassungsdrucks ist aber auch aus marktwirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Die dadurch entstehende antizyklische Wirkung aus vorübergehenden Fehlbeträgen ist zu akzeptieren. Sie sind, sofern sie im Rahmen einer Schuldenbremse über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg wieder kompensiert werden, auch vertretbar. Fehlbeträge in prozentual zweistelliger Höhe des Bruttoinlandsprodukts, die Blockierung von Strukturanpassungen oder eine wachsende Vermischung der Rolle des Staates als Unternehmer und Aufsichtsorgan dürften jedoch zu einem Bumerang verkommen.

www.economiesuisse.ch ●